

## Marx-Jubiläum: Chance und Herausforderung für Sozialistinnen und Sozialisten

Der 200. Geburtstag von Karl Marx fällt in eine dramatische politische Situation: Seit dem Ende des 2. Weltkrieges erreicht die Gewaltspirale weltweit und auch in Europa einen Höhepunkt und droht, noch weiter anzusteigen. In Europa sind wieder Kriege Realität geworden. Die ökologischen  *tipping points* (Grenzen für die Tragfähigkeit natürlicher Systeme) sind teilweise bereits überschritten und ein globaler ökologischer Kollaps – im Sinne irreversibler Schädigungen der gesamten irdischen Biosphäre und ihrer Auswirkungen auf die menschlichen Lebensbedingungen – wird immer wahrscheinlicher. Bei expandierten und expandierenden sozialen Gegensätzen wachsen die Gefahren einer neuen globalen Finanzkrise bzw. einer „neuen Welle“ der seit 2008 anhaltenden Finanzkrise. Die Linken sind in einer verfestigten politischen Defensive, die sich seit 2008 trotz punktueller Erfolge noch immer weiter zuspitzt. Andererseits sind insbesondere seit 2008 in Europa und sogar weltweit die Anzahl von Menschen und gesellschaftlichen Gruppierungen gewachsen, die davon überzeugt sind, dass trotz des „Zusammenbruchs des Staatssozialismus“ (bzw. des Scheiterns der bisherigen sozialistischen Versuche) „der Kapitalismus“ bzw. die bürgerlichen Gesellschaften mit ihrer zerstörerischen kapitalistischen Produktionsweise nicht das letzte Wort der Geschichte sein können und dürfen. Man bezieht sich in der öffentlichen Diskussion immer häufiger auf Marx, ohne dass sein Werk fortschreitend reflektiert und oder gar weitergeführt wird. Die Linken sollten also das Jubiläum „ihres“ Karl Marx (im Weiteren: marx200) zum Anlass nehmen, um sich sein Erbe (erstmalig bzw. wieder einmal) kritisch anzueignen, für Heute zu aktualisieren und zu nutzen. Dazu einige Überlegungen:

1. Marx200 sollte zu einer breiten Debatte der Linken geführt werden, um insbesondere zu folgenden Fragen mehr Klarheit zu erlangen:
  - Warum sind die Linken so schwach und vermögen es nicht, Krisen der Herrschaftsstrukturen dazu auszunutzen, um aus ihrer Defensive heraus zu kommen?
  - Warum gibt es nicht einmal eine ernsthafte internationale Debatte unter den Sozialistinnen und Sozialisten zu diesem Thema?
  - Inwiefern hat diese Schwäche mit dem Umgang der Linken mit dem theoretischen Nachlass Erbe von Marx und Luxemburg zu tun und was gilt es daher, in der Lektüre neu zu lernen?
  - Worin besteht darüber hinaus die Herausforderung einer zeitgemäßen Neulektüre insbesondere der Marxschen Schriften?
  - Wodurch lässt sich in der Realität die jüngste bzw. die gegenwärtig noch immer ungelöste Finanz- und Wirtschaftskrise als solche begreifen und inwiefern ist sie eine Krise der kapitalistischen Produktionsweise?
  - Was sind die gegenwärtigen Handlungsmöglichkeiten der Linken und was sind die Bedingungen ihrer erfolgreichen Nutzung? Inwiefern kann ein produktiver Umgang mit dem Marxschen Erbe dabei helfen, diese Bedingungen zu verbessern? Was bedeutet überhaupt ein solcher Umgang?

2. Rosa Luxemburg hat auch und insbesondere mit ihrer Schrift zum 100. Geburtstag von Karl Marx<sup>1</sup> Beispielhaftes für einen produktiven Umgang mit der Hinterlassenschaft des Jubilars geleistet:
- Sie hat an Hand des zweiten und dritten Bandes des „Kapital“ die Unfertigkeit bzw. Unvollkommenheit des Werkes von Marx herausgestellt und diese als einen Vorzug und eine attraktive Herausforderung gewürdigt: Die Linken, vor allem die Sozialistinnen und Sozialisten, sollten sich eingeladen sehen, das Werk zu kritisieren und fortzuschreiben. Dabei können sie neue Kraft zum Begreifen ihrer Lage schöpfen, um politisch reifer und vor allem politisch wirksamer zu werden.
  - Luxemburg hat mit einer behaupteten „Orthodoxie“ in der Marxlektüre gebrochen, die sich mit ihren überzogenen Geltungsansprüchen – Lenin: „Allmächtig“, weil „wahr“ – immer wieder destruktiv auf die wissenschaftliche Forschungsarbeit und auf die politische Deliberation ausgewirkt hat. Sie hat dem in Wirklichkeit inhaltsarmen Streit über aus dem Kontext gerissene Textstellen eine radikale Absage erteilt.
  - Luxemburg hat sich in einem langen widersprüchlichen Prozess die Methode und Prinzipien von Marx' Kritik der Wirklichkeit, der politischen Ökonomie, der Ideologie und Politik angeeignet:
    - Wissenschaft betreiben, um politisch wirksamer zu werden,
    - Die realen und potenziellen Bündnispartnerinnen und –partner, insbesondere die politisch aktiven und interessierten Arbeiterinnen und Arbeiter, zur gemeinsamen Deliberation (kollektive Erörterung) über die Analyse der politischen Wirkungsbedingungen einladen, sich mit ihnen politisch bilden
    - Diese Deliberation und diese Analyse wiederum mit Aktivitäten für die Solidarisierung unter den Arbeiterinnen und Arbeitern und unter sowie mit den anderen Ausgebeuteten und Diskriminierten verbinden, politisch organisieren
    - Zwischen wissenschaftlicher, ideologisch-kultureller und politischer Tätigkeit klar unterscheiden und dennoch gleichzeitig Forschung, individuelle und kollektive politische Bildung und politisches Engagement organisch verbinden;
    - Prinzipiell global und internationalistisch von unten aus auf regionale, nationale, europäische und globale Gesellschafts-, Herrschafts- und Machtstrukturen sehen;
    - Kritik als eine umfassende Praxis verstehen und realisieren: die Wirklichkeit kritisieren, die sie erklärenden Theorien und Ideologien kritisieren, sich mit der Wirklichkeit radikal auseinandersetzen, das eigene politische Handeln und die hierbei gewonnenen Erfahrungen kritisch reflektieren, wissenschaftliche Analyse und politische Strategien fortschreiben, die eigene politische Praxis qualifizieren.
3. Marx zu würdigen, Luxemburg, Gramsci und ihren Schülerinnen und Schülern – auch und insbesondere in den (ehemaligen) Kolonien – zu folgen und neue Partnerinnen und Partner zu gewinnen, verlangt auch und insbesondere die neue Lektüre: sich Marx's und so auch Engels' Werke – wie sie inzwischen (z. T. wieder, größtenteils aber zum ersten Mal) authentisch vorliegen – (erneut) lesen und sich die von den Forschern und Forscherinnen der

---

<sup>1</sup> Luxemburg, R. [1918] (2000). Der zweite und dritte Band [des „Kapitals“], in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, (Berlin: Karl Dietz Verlag), 291-301)

MEGA<sup>2</sup> erschlossenen und aufbereiteten „Schätze“ sowie die von ihnen erstmals zugänglich gemachten Materialien aneignen. Dabei ist es wichtig, sich mit Tendenzen zu einem historischen Determinismus und Mechanismus sowie zu einer inhaltlich-methodischen Engführung in den bisher tonangebenden Marx-Interpretationen auseinanderzusetzen. Das verlangt, Marx sowohl als „strengen Wissenschaftler“, als auch als einen politisch-strategisch intervenierenden zu lesen und zu begreifen. Seine Aussagen sind keine „Selbstoffenbarung des Kapitalismus“. Die Engführung der Marxschen theoretischen Arbeit auf die Untersuchung des Gesamtprozesses der „Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise in den modernen bürgerlichen Gesellschaften“ hat in der Geschichte des Marxismus vor allem zur Unterschätzung bzw. Marginalisierung der ökologischen Problematik, der Geschlechter- und Familienverhältnisse, von Hierarchien in den trans- und internationalen Verhältnissen für die gesellschaftliche Entwicklung geführt. Die verkürzenden bzw. verzerrenden Marx-Interpretationen haben weiterhin eine Geringschätzung und Ignoranz von – nicht zuletzt auch außerhalb Europas und den USA – geleisteten intellektuellen und emanzipativ-solidarischen Aktivitäten bewirkt. Marx hatte mit über 50 begonnen, Russisch zu lernen, mit über 60 wandte er sich anthropologischen Fragen zu. Von ihm nicht recht gelernt habend, haben die Linken in Europa letztendlich das produktive gesellschaftskritische Potenzial der realen Vielfalt von emanzipativen Akteuren und Bewegungen nicht politikwirksam zusammenführen können. Demgemäß waren sie letztlich nicht mehr dazu in der Lage, die Arbeiterbewegung und die sozialistische Bewegung zu erneuern und dadurch (relevant) zu stärken.

4. Derartige destruktive Tendenzen in den vorherrschenden Marx-Interpretationen haben selbstverständlich mit der tragisch-dramatischen Geschichte der Linken, der Sozialistinnen und Sozialisten zu tun. Sie sind zugleich die Folge der weiteren Entwicklung von Denkweisen und Praktiken, mit denen sich schon Marx und Engels einzeln und gemeinsam auseinandergesetzt haben. Im historischen „Marxismus“ (bzw. in der chaotischen Vielfalt von „Marxismen“ des 20. Jahrhundert ) gehen diese Tendenzen vielfach auf ein unreflektiertes Gefolgschaftsverhältnis und demgemäß auf ein wenig souveränes Verhältnis zu einem projektiv idealisierten Marx zurück: Seine wirkliche, theoretische und politische Arbeit wird daher nicht in ihrer Widersprüchlichkeit und Dynamik, in Marx's Fragen, Zweifeln, Irrungen oder Verwerfungen bzw. Korrekturen nachverfolgt. Die Ansätze zu einer Marx-Kritik von dessen Kontrahenten, Freundinnen und Freunden, aber auch und insbesondere die Schriften von späteren echten und (vermeintlichen) Marx-Gegnern wurden nicht ernst genug genommen.
5. Die Sozialistinnen und Sozialisten sollten also die anderen emanzipativ-solidarischen Akteure, insbesondere aus den ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und sozialen Gruppen, zum Austausch und zur gemeinsamen kritischen Gesellschaftsanalyse gewinnen. Die Beteiligten sollten sich bemühen, (vor allem) die eigene soziale Lage – nach dem Vorbild von Marx<sup>2</sup> – handlungsrelevant zu begreifen und deliberativ aufzuarbeiten. Das bedeutet insbesondere Klassenanalyse in kritischer Marxscher Tradition betreiben. Eine solche Arbeit könnte ein (erneuter) Beginn für die Organisation eines kollektiven Willens zur emanzipativ-

---

<sup>2</sup> Marx, K. [1867] (1962): Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen, in: MEW Bd. 16, (Berlin: Dietz Verlag), 191-192.

solidarischen Verbesserung der eigenen gesellschaftlichen Position sein. Das meint, dass die Hebung der eigenen gesellschaftlichen Position der Stärkung der sozialen Lage der sozial Schwächsten folgt bzw. mit ihr einhergeht. Marx hat erklärt, dass wegen der Einheit von Vergesellschaftung der Arbeit und Entfaltung der Konkurrenzverhältnisse die Lohnabhängigen immer schon gespalten sind. Gramsci hat dann gezeigt, dass mit der Schaffung eines Arbeiterstaates diese Spaltung aufgehoben und der Staat zur partizipativen Angelegenheit der Lohnabhängigen werden kann – worin ihm allerdings die behaupteten „Arbeiterstaaten“ keineswegs gefolgt sind.

6. Die marx200-Aktivitäten sollten nicht zuletzt Marx als Politiker und so auch als Funktionär der Internationalen Arbeiterassoziation kritisch würdigen: Er hat die emanzipativen Bestrebungen und solidarischen Aktionen vor allem der Arbeiterinnen und Arbeiter verfolgt, analysiert und vielfach aktiv unterstützt bzw. sogar initiiert. Ihre Widersprüchlichkeit und oft auch ihre Ambivalenz durchaus sehend, hat er geprüft, wo ihre Verallgemeinerung strategische Relevanz erlangen könnte; d.h. eine in den Interessen erkannte Gemeinsamkeit könnte und müsste gerade da politikwirksam werden, wo ihre Impulse gleichsam im Morast von Partikularinteressen steckenzubleiben drohten. Dies beginnt mit der Anerkennung der eigenen Substanz und Widersprüchlichkeit emanzipativer Kämpfe gegen Gewalt gegen die Menschen und die Natur, für Gerechtigkeit, Selbst- und Mitbestimmung. Diese Anerkennung wäre mit der politischen und theoretischen Reaffirmation (Bestätigung) von verdrängten und verleugneten antikapitalistischen Kämpfen (z. B. Hausbesetzungen durch Migrantinnen und Migranten) zu verbinden. Und immer wieder wären jene Zusammenhänge aufzuzeigen und anzugreifen, in denen sich Kapitalherrschaft, Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen, geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und die Ausbeutung der abhängigen Völker und Länder in der erfahrenen komplexen Realität zu einer „Konsum- oder Alltagsnorm“ verknüpfen. Es wäre also die eigene Lebensweise zu kritisieren und aktiv um ein „solidarisches Wirtschaften“ zu ringen, „damit es für jede und jeden gut reicht – bei uns, in der EU und Europa, weltweit“.
7. Ferner sollten die marx200-Aktivitäten von den Linken nicht zuletzt derart vorangetrieben und genutzt werden, dass dem u. a. von Bourdieu formulierten Erfordernis nachgekommen wird, damit zu beginnen, „... eine Sozialgeschichte in der marxistischen Tradition zu schreiben, um jene Denk- und Ausdrucksweisen, die durch das Vergessen der Geschichte fixiert und fetischisiert wurden, im historischen Kontext ihrer Entstehung und ihres anschließenden Gebrauches zu resituieren“<sup>3</sup>. Diese Denk- und Ausdrucksweisen würden also in ihrer wirklichen Bedeutung aufgedeckt bzw. entschleiert. Eine solche Arbeit kann nur geleistet werden, wenn die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler radikale Selbstkritik betreiben und den intensiven Austausch mit gesellschaftskritischen Menschen und ihren Zusammenschlüssen suchen. Sie erfordert nicht zuletzt die Diskussion zu kritischen Zäsuren und kritischen Szenarien in der Geschichte, die erneut eine radikale Kritik von historischem Determinismus, Mechanizismus und von willkürlichen Engführungen von Wissenschaft, Politik und Philosophie in der Interpretation des Marxschen Erbes leisten muss.

---

<sup>3</sup> Bourdieu, P. (1993). *Sociology in question*. London: Sage Publications, 50.

8. Ergo: Selber sehen, wo man im Alltag gegen Fremdbestimmung, Konkurrenz, Entsolidarisierung, Rassismus, Nationalismus, Fundamentalismus und Phobie, gegen ökologische Zerstörung handeln kann, weil man individuelle Spielräume hat. Und es auch tun! Sich umsehen, wo Menschen aktiv gemeinsam handeln, um friedlich(er), selbstbestimmt(er), solidarisch(er), sozial(er) und ökologisch(er) zu leben, sich ihnen anschließen und sich um die Kommunikation und Kooperation mit anderen Kollektiven bemühen. Jenen, die ebenfalls selbstbestimmt in Frieden, Würde, solidarischem Miteinander und einer gesunden Natur leben wollen, helfen, sich zu organisieren. Eine lokale, regionale, überregionale, EU-weite, europäische und globale Vernetzung der in diesem Sinne Aktiven konkret unterstützen. Das kann nur über kurz-, mittel-, und langfristige Ziele und ebenfalls konkrete Projekte erfolgen. Sie sind auf Frieden, Selbst- und demokratische Mitbestimmung gerichtet, auf sinnvolle (daher auch ökologisch verantwortbare) und existenzsichernde Arbeit, auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung, auf vernünftige Bildung, gesundheitliche Betreuung und Pflege, auf würdiges Wohnen, Mobilität, sinnstiftende Freizeit. Sie betreffen alternative soziale und ökologische Lokal- und Regionalentwicklung – die sich nicht an Standortkonkurrenz orientiert, den Erhalt, die Demokratisierung und den Ausbau des Öffentlichen, die Verteidigung und Erweiterung demokratischer, sozialer und ökologischer Standards im gesellschaftlichen Alltag auf allen Ebenen, von der lokalen bis zur globalen Ebene. Solche Aktivitäten bewegen sich immer um Menschen- und BürgerInnenrechte, um politische Entscheidungen insbesondere zum öffentlichen Haushalt und zu Investitionen, um Gemeingüter bzw. öffentliche Güter und so auch und insbesondere um die natürlichen Lebensbedingungen und Eigentumsverhältnisse, um Hilfe für die Bedürftigen und um die Unterstützung jener, die für sich und andere einen konkreten Kampf von allgemeinerer Bedeutung führen. Der Kampf um die Menschen- und Freiheitsrechte könnte so ein Kampf um gesellschaftliches Eigentum bei Überwindung gesellschaftlicher Spaltungen sein. Er könnte mit der Herausbildung von kommunistischen Grundlagen verknüpft sein.
- Das kann nur gelingen, werden die im politischen Alltag gewonnenen praktischen Erfahrungen gemeinsam reflektiert, nicht zuletzt gemeinsam mit den kritische Gesellschaftsanalyse Betreibenden. Diese sind darüber hinaus gefordert, Arbeit an linken gesellschaftspolitischen Strategien zu unterstützen und Gesellschaftstheorie kritisch fortzuschreiben.
9. Marx und Luxemburg sind TheoretikerInnen und PraktikerInnen der Revolution, die sie aber als Einheit von evolutionären und revolutionären (transformatorischen und bruchhaften) Elementen sehen. Die Befähigung der Arbeiterklasse (oder welches revolutionärem emanzipativen Subjekts auch immer) zur Gesellschaftsgestaltung „vor der Revolution“ und die Langfristigkeit der Suche nach neuen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Formen „nach der Revolution“ sind für sie Momente eines einheitlichen (Such)Prozesses, der Rückschläge, Umwege und Neubeginn einschließen muss. Die Revolution ist selbst ein Prozess des Werdens und des Lernens, ein Prozess, in dem verschiedene Möglichkeiten ausprobiert werden, sich neue Gewohnheiten entwickeln müssen. Parteien und Organisationen können dieses Neue nicht antizipieren. Sie müssen aber in ihren Strukturen so aufgebaut sein, dass sie das Bewusstsein für die Widersprüche auch des Neuen entwickeln und Diskussionen über die Vielfalt der Wege zur und nach der Revolution Raum geben. Hier fand das bolschewistische Parteienkonzept eine Grenze. Die Organisationsfrage ist nicht

allein aus den Anforderungen parlamentarischer Logik (und der Logik der Parteienfinanzierung) und/oder aus Verwaltungs- und Regierungshandeln zu beantworten, aber auch nicht einfach aus Aktionen und der Stärkung gerade interessanter sozialer Bewegungen. Sie muss das Parlamentarische, das Außerparlamentarische und das Verwalten unter dem Gesichtspunkt der Befähigung zur Gesellschaftsgestaltung und -veränderung zusammenbringen.

10. Marx erlebte und dachte die proletarische Bewegung von Beginn an global. Die Lohnabhängigen könnten objektiv zur Veränderung der Gesellschaft fähig werden, weil sie als Klasse eine besondere Stellung in der Gesellschaft einnehmen. Würden sie die Fähigkeit zur Solidarität – zuerst in der Fabrik, dann im Rahmen des Nationalstaates und weiter im internationalen Rahmen bzw. weltweit – ausprägen und praktisch umsetzen, könnte die Möglichkeit zur Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft realisiert werden. Die Idee zur Gesellschaftsumgestaltung durch ein solidarisches globales Proletariat kommt in Marx's Tätigkeit in der IAA, in seinen bzw. ihren Positionen zu emanzipativen Bewegungen in Irland, Russland, Polen oder in der Haltung zum Bürgerkrieg in den USA und zur Kolonialfrage zum Tragen. Diese Solidarität kann nur politisch bewusst erarbeitet werden. Die Geschichte hat schmerzhaft bestätigt: Jeder Rückfall in ein bloß nationales Bewusstsein führt in die politische und kulturelle Unterordnung unter die internationale Konkurrenz der Kapitale, unter koloniale und neokoloniale Bestrebungen. Für Luxemburg, ihre Genossinnen und Genossen waren die nationalistische Welle des Jahres 1914 und die Aufgabe des Prinzips der internationalen Solidarität durch die Mehrheit der Parteien der II. Internationale die bitterste Niederlage. Die Solidaritätsunfähigkeit des internationalen, vor allem des deutschen Proletariats war für sie auch die entscheidende Ursache für die enormen Widersprüche der Oktoberrevolution und der ihr folgenden Entwicklungen. Die Linke ist international und solidarisch – oder sie ist nicht. Der aus der II. Internationale über die Kommunistische und die Sozialistischen Internationalen kommende „Funktionärsinternationalismus“ hat die Linke allerdings weitgehend handlungsunfähig gemacht. Der zugleich in der Praxis forcierte und alle gesellschaftliche Schichten ergreifende Standortnationalismus hat die Überwindung dieser Handlungsunfähigkeit weiter erschwert. So ist die Frage zu stellen, inwieweit die Strukturen und das Selbstverständnis linker Organisationen und insbesondere linker Parteien geeignet sind, die Fähigkeit zu tätiger, politikwirksamer Solidarität fortschreitend auszuprägen. Es geht z. B. nicht einfach darum, für die Sorgen von Geflüchteten „Verständnis zu haben“, sondern um die praktische Entwicklung solidarischer Formen des gemeinsamen Handelns von Geflüchteten und Menschen mit deutschem bzw. Unionspass. Auch geht es nicht darum, die eigene Unfähigkeit, das Handeln der eigenen Regierung gegenüber Griechenland zu beeinflussen, zu banalisieren und Syriza dafür zu beschimpfen, dem Druck der EU nicht standgehalten zu haben. Hingegen gilt es – ernsthaft – die Frage zu diskutieren, warum man selber als internationaler Faktor handlungsunfähig war und ist.
- Ergo: Das Verständnis von Solidarität und den Willen zu ihrer Praxis ausprägen, über die Entwicklung von an ihm orientierten Organisationsformen die Fähigkeit zu Solidarität zunehmend politikwirksam machen; kritische Gesellschaftsanalyse und auf sie gestützte Suche nach politischen Handlungsmöglichkeiten und ihre Erschließung betreiben!*

Das Diskussionsangebot ist aus einem Gedankenaustausch unter Lutz Brangsch, Michael Brie, Judith Dellheim, Frieder Otto Wolf und Gabi Zimmer hervorgegangen. Kontakt: [judith.dellheim@rosalux.org](mailto:judith.dellheim@rosalux.org), [lutz.brangsch@rosalux.org](mailto:lutz.brangsch@rosalux.org)